

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4313



Junge Union Schleswig-Holstein | Sophienblatt 44 – 46 | 24114 Kiel

An den Innen- und Rechtsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Tobias Loose
Landesvorsitzender

Fockstraße 19 | 24116 Kiel
Tel.: 0152 21 83 38 58
Tobias.Loose@jush.de

Landesgeschäftsstelle:
Sophienblatt 44 – 46 | 24114 Kiel
Telefon (0431) 66 0 99 -35
E-Mail: info@jush.de
Internet: <http://www.jush.de>

Datum 23. April 2015

Stellungnahme zum Antrag „Demokratie lebt von Beteiligung“

Sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich bei Ihnen sehr herzlich für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der schriftlichen Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages zum Antrag „Demokratie lebt von Beteiligung“ (Drucksache 18/2532) sowie zum Änderungsantrag „Demokratie lebt von Vertrauen“ (Drucksache 18/2557) bedanken. Anbei übersende ich Ihnen die Stellungnahme der Jungen Union Schleswig-Holstein (JUSH).

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Tobias Loose
Landesvorsitzender

Stellungnahme der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein zu dem Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW „Demokratie lebt von Beteiligung“ (Drucksache 18/2532) sowie dem Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN „Demokratie lebt von Vertrauen“ (Drucksache 18/2557)

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein ist mit 4000 Mitgliedern die größte politische Jugendorganisation Schleswig-Holsteins. Sie setzt sich seit langem dafür ein, junge Menschen in Schleswig-Holstein für Politik zu interessieren und für ein politisches Engagement zu gewinnen. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein begrüßt daher die fraktionsübergreifende Initiative von CDU, SPD, Grüne und SSW für eine höhere Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein.

Unsere Demokratie lebt von der Beteiligung seiner Bürger. Ohne diese verliert politisches Handeln nicht nur seine Legitimität, sondern es droht auch - gerade auf kommunaler Ebene - zunehmend schwieriger zu werden, ausreichend Bürger zu finden, die noch bereit sind, sich aktiv politisch zu engagieren. Eine demokratische Wahl ohne Wahlmöglichkeit verdient ihren Namen nicht. Die Bestrebungen sollten sich daher nicht nur darauf beschränken, wieder mehr Menschen zur Teilnahme an Wahlen zu motivieren, sondern darüber hinaus auch versuchen, wieder mehr Bürger für ein (partei-)politisches Engagement zu gewinnen.

Die Maßnahmen zur Förderung der Wahlbeteiligung sollten sich insbesondere an die jungen Menschen in unserem Land richten. Hier besteht die Chance, die Einstellung junger Menschen zur Politik nachhaltig positiv zu beeinflussen und damit den Grundstein für einen in politischer Hinsicht aktiven und mündigen Bürger zu legen. Gelingt es, junge Bürger unseres Landes bereits in der Schulzeit für die Politik zu begeistern und Verständnis für die politischen Prozessen und Abläufe herzustellen, so werden diese auch in Zukunft das politische Geschehen mit Interesse verfolgen. Nur wer das politische System, seine Prozesse und Abläufe versteht, erkennt die Bedeutung der Wahl als wichtigstes Element unsere Demokratie. Nur wem klar ist, welche Folgen der Wahlsieg der ein oder der anderen Partei hat, wird sich selbst an der Wahl beteiligen. Nur wem bewusst ist, worin sich die Ziele der verschiedenen politischen Parteien unterscheiden, wird den Sinn einer Wahl erkennen. Ein solches Wissen würde nach Auffassung der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein auch in erheblichem Maße das Vertrauen in die Politik(er) verbessern.

Denn das fehlende Vertrauen ist in erster Linie ein Zeichen für die zunehmende Distanz zwischen den politisch Verantwortlichen und dem Souverän sowie für die zunehmende Unkenntnis über die politischen Prozesse und Zusammenhänge.

Den Schulen kommt bei der Vermittlung des politischen Wissens eine Schlüsselrolle zu. Im Politikunterricht sollten nicht nur die theoretischen Abläufe und Zusammenhänge erläutert, sondern diese stets mit dem aktuellen politischen Geschehen auf Bundes-, Landes- aber auch Kommunalebene verknüpft werden. Um Politik in der Praxis hautnah zu erleben und bei den jungen Menschen eine Vorstellung von den Aufgaben und dem Alltag eines Politikers zu schaffen, sollten Gespräche und Diskussionsveranstaltungen mit den örtlich zuständigen Vertretern der Politik ein fester Bestandteil des Lehrplans werden. Anstehende Wahlen sollten im Vorfeld im Unterricht thematisiert und im Anschluss nachbereitet werden. Zusätzliche Veranstaltungsformen wie z.B. Podiumsdiskussionen mit Vertretern der unterschiedlichen Parteien oder der politischen Jugendorganisationen können dazu beitragen, den Schülern die Themen der anstehenden Wahl näher zu bringen. Die Tätigkeiten von politischen Schülerorganisationen an den Schulen stellen eine wertvolle Bereicherung des politischen Bildungsangebots an den Schulen dar. Ihre Arbeit sollte durch die Lehrer und Schulleitungen gefördert und in den Politikunterricht eingebunden werden.

Für die JUNGE UNION Schleswig-Holstein steht außer Frage, dass die schulischen Aktivitäten unter dem Gebot der parteipolitischen Neutralität stehen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass Veranstaltungen von einzelnen Schülerorganisationen oder mit einzelnen Politikern nicht durchgeführt werden können. Es erscheint geboten aber auch ausreichend, dass im Hinblick auf die Gesamtheit des politischen Bildungsangebots die parteipolitische Neutralität gewahrt wird. Eine Schule, die jegliche Parteipolitik verbannt, würde ihrer Aufgabe nicht gerecht, junge Schüler zu mündigen Bürgern zu erziehen und diese auf den Wettstreit der verschiedenen politischen Ideen in einer freien und pluralistischen Gesellschaft vorzubereiten.

Neben den Schulen, leisten auch die politischen Jugendorganisationen einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung in Schleswig-Holstein. Als Vermittler zwischen Politik und den jungen Menschen gelingt es ihnen oft einfacher als den etablierten Parteien, in der jungen Bevölkerung Interesse für die politischen Themen zu wecken. Dazu trägt auch ein

altersgerechtes Angebot bei, welches politische Bildung und sozialen Aktivitäten miteinander verknüpft. So bieten die JUNGE UNION Schleswig-Holstein und ihre zahlreichen Kreis- und Ortverbände - insbesondere, aber nicht nur im Vorfeld von Wahlen - ein umfangreiches Programm aus Seminaren, Diskussionsveranstaltungen und Bildungsreisen an.

Für die JUNGE UNION Schleswig-Holstein ist es daher unabdingbar, dass der Verband politischer Jugend (VPJ) als Dachorganisation der politischen Jugendorganisationen auch weiterhin durch das Land Schleswig-Holstein gefördert wird. Da viele junge Menschen noch nicht oder nur über ein geringes Einkommen verfügen, würde die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen oder eine notwendige Erhöhung eine Vielzahl potentiell interessierter, junger Menschen von einem politischem Engagement abhalten. Aus diesem Grund sind die politischen Jugendorganisationen auf die staatliche Unterstützung zwingend angewiesen. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein kritisiert in diesem Zusammenhang die erheblichen Kürzungen der letzten Jahre, die auch durch die zuletzt vorgenommene Erhöhung der Fördermittel nicht wieder ausgeglichen wurden und die Arbeit der Jugendorganisationen erheblich erschwert. Insbesondere werden Mittel für die Subventionierung von bildungspolitischen mehrtägigen Veranstaltungen zur Reduzierung von Teilnehmerbeiträgen, Erstattung von Fahrtkosten und hauptamtliche Unterstützung der Bildungsarbeit benötigt.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein begegnet dem in dem Änderungsantrag enthaltenen Vorschlag der Fraktion PIRATEN, die Möglichkeiten direkter Demokratie auszuweiten, mit Skepsis. Viele Themen lassen sich nicht auf eine simple Fragestellung reduzieren, die mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können. Indirekte und nachgelagerte Folgen einer Entscheidung drohen zudem im Rahmen von Volksentscheiden nicht genügend Beachtung zu finden.

Auch eine erhebliche Verkomplizierung des Wahlrechts hält die JUNGE UNION Schleswig-Holstein für fragwürdig. Wie der hohe Anteil an ungültigen Stimmen in Hamburg zeigt (3,3 % der Stimmen aller Wähler waren ungültig), können zusätzliche Einflussmöglichkeiten den Wähler schnell überfordern und letztlich das Gegenteil dessen bewirken, was eigentlich beabsichtigt war. Die JUNGE UNION unterstützt die Bestrebungen, die Möglichkeiten, eine Stimme auch online abgeben zu können, zu überprüfen. Im größeren

Zusammenhang ist es grundsätzlich wünschenswert, dass Bürger zunehmend die Möglichkeit eröffnet wird Amtsgeschäft und Verwaltungsvorgänge im Rahmen von E-Gouvernement online von zu Hause zu tätigen. Dies setzt eine eindeutige Identifikation des Bürgers, zum Beispiel über einen elektronischen Personalausweis, sowie die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Vorgaben voraus.